

0109

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Heinrich Böcher

Bonn, den 26. November 1987
Straßburg, den
Brüssel, den 2525e Du/H1

KK-Kommission

WAHLKAMPF-STRATEGIE 1989

**Umsetzung und Aufbereitung der Ergebnisse
der Meersburger-Klausurtagung (20./21.8.1987)
anhand des Strategiepapiers Münch/Rinsche**

ACDP-Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ergebnisse der Diskussionen, Vorträge und Dokumentationen der Meersburger-Klausurtagung vom 30./31.8.1987 wurden anhand des Strategiepapiers Münch/Rinsche aufbereitet, um sie in die Wahlkampfstrategie 1989 umzusetzen zu können.

ACDP-Konrad-Adenauer-Stiftung

I. Definition der Ziele*)

Die Bestimmung der europapolitischen Ziele und Aufgaben auf christlich-demokratischer Grundlage sollten eine Abgrenzung zu den anderen Parteien ermöglichen, um den Wählern eine Unterscheidungsmöglichkeit der parteipolitischen europäischen Zielsetzungen zu geben. Daher sollten auch europapolitische Aussagen in den Parteiprogrammen erfolgen, so daß die programmatischen Aussagen verglichen werden können.

A. Allgemeines

1. Die Europapolitik sollte positiv dargestellt werden, wobei insbesondere die neuen Möglichkeiten der "Einheitlichen Europäischen Akte" herausgestellt werden sollten.
2. Überwindung des Demokratiedefizits: Hierbei sollte der Eindruck vermieden werden, daß die Abgeordneten darum kämpfen, mehr Rechte für sich im Europäischen Parlament zu erhalten.
3. Förderung eines positiven Europaimages der Bundesregierung (u.a. Deutsche Präsidentschaft).
4. Der Slogan für den Wahlkampf könnte etwa sein "Wir sind auf dem richtigen Weg".

B. Leitbilder

1. Europa ist eine Wertegemeinschaft auf christlich-demokratischer Grundlage. Die Bedeutung immaterieller Werte nimmt zu.
 - a) Die Gemeinschaft kann sich auf dem Gedanken der Freiheit und Demokratie, der gerechten Ordnung und der Menschenwürde berufen. Sie steht für die Einhaltung der Menschenrechte.
 - b) Über die EPZ kann sie, nicht nur in fernen Regionen, sondern auch gegenüber dem Osten innerhalb des KSZE-Prozesses ihr Gewicht in dieser Frage geltend machen.
 - c) Sie fördert die Freundschaft und das Vertrauen zwischen den Mitgliedern der EG und macht durch die EG-Verträge einen Krieg untereinander unmöglich.

*) Strategiepapier zu 2.1

- d) Ihre Bedeutung besteht auch im Zusammenhang zwischen europäischer Integration und deutscher Einheit.
2. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Friedensgemeinschaft.
 - a) Sie hat Konflikte zwischen den Völkern Westeuropas undenkbar werden lassen.
 - b) Sie wird zunehmend auch vom Osten, insbesondere den osteuropäischen Ländern, als Gegenpart bzw. Partner angesehen und in deren Rahmen kann die Bundesrepublik Deutschland eine verantwortungsvolle Politik betreiben. Die EG ist eine Friedensgemeinschaft auch im Ost/West-Verhalten.
 3. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Wirtschaftsgemeinschaft.
 - a) Schaffung des Binnenmarktes 1992.
 - b) Soziale Marktwirtschaft (soziale Marktwirtschaft führt zum Erfolg, sozialistisches Konzept führt zum Mißerfolg).
 - c) Die Entwicklung geht dahin, daß die Europapolitik mehr und mehr zur Innenpolitik wird; dies hat weitgehende Konsequenzen für die politischen Auffassungen und Haltungen der Politiker.
 4. Die Europäische Gemeinschaft sichert den zukünftigen wissenschaftlichen Fortschritt und die moderne Technologieentwicklung.
 5. Die Europäische Gemeinschaft ist die Zukunftssicherung des grenzüberschreitenden Umweltschutzes in Europa.
 6. Die gemeinsame Lösung der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsplatzsicherung und der sozialen Sicherung (Rentner) ist nur durch die Europäische Gemeinschaft möglich.
 7. Gemeinsame Lösung der Agrarprobleme.
 8. Eine wirkungsvolle Hilfe für die Entwicklungsländer, die besonders die Jugend anspricht, ist nur allein durch die Europäische Gemeinschaft möglich.
 9. Europa wächst nur zusammen, wenn es nicht nur rational, sondern auch emotional - im kulturellen Bereich - zusammenarbeitet.

II. Situation*)

A. Die Einstellung der Wähler und der Presse zur Europäischen Gemeinschaft

1. Es besteht ein Unbehagen der Deutschen gegenüber Europa und ein Unbehagen der Europäer gegenüber den Deutschen.
2. Die statistischen Werte zur Erfassung der Einstellung der Deutschen zur europäischen Einigung sind zurückgegangen (Eurobarometer), so zur Frage: "ob Sie für die Einigung Europas seien", "ob die Mitgliedschaft in der EG eine gute Sache sei", "ob die Mitgliedschaft dem eigenen Lande nütze" und "ob sie sich als Bürger Europas fühlen". Seit Jahren steht der europäische Einigungsgedanke am unteren Ende der Tabelle der politischen Prioritäten. Die Gründe hierfür sind u.a. ein Desinteresse und ein "Negativbild" der Europäischen Gemeinschaft.

B. Gründe für das Negativbild der Europäischen Gemeinschaft bei den Wählern und der Presse

Es bestehen vorwiegend folgende Gründe für das Negativbild der Europäischen Gemeinschaften:

1. Kommunikationsdefizite: Daher notwendig Mithilfe bei der Überwindung dieser Mängel durch Einrichtungen von Büros der nationalen Mitgliedsparteien in Brüssel und Straßburg.
2. Die "abstrusen" Beschlüsse des Europäischen Parlaments, die in Einzelfällen auch wegen der mangelnden Präsenz von Abgeordneten zustandekommt.
3. Die zu weit gehenden europapolitischen Zielvorgaben der Regierungschefs und die restriktive Haltung der jeweiligen nationalen Fachminister, die zur Unglaubwürdigkeit der Europapolitik führen.
4. Das Vollzugsdefizit von vertraglichen Bestimmungen, die nicht in die Praxis umgesetzt werden.

*) Strategiepapier zu 2.2

5. Die Hauptursache liegt bei den nationalen Parlamenten, die ein negatives Bild Europas aufgrund verschiedener nationaler Interessen aufzeigen.
6. Positive Ergebnisse der Europapolitik werden völlig unzureichend vermittelt.
7. Die Bundesrepublik Deutschland werde zu Unrecht als "Zahlmeister" Europas dargestellt.
8. Das Europäische Parlament ist selbst mitverantwortlich dafür, das es in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt ist.
9. Brüssel stellt die Europapolitik zu abstrakt dar.
10. Die Gründe für die Europamüdigkeit liegen auch in der Sprachenvielfalt.
11. Der Agrarmarkt mit seinen Butterbergen, Milchseen usw. ist ein ständiges starkes Negativthema.
12. Der zunehmende zeitliche Abstand zum Ende des Zweiten Weltkrieges.
13. Die Verwässerung der Gemeinschaft durch ihre mehrfachen Erweiterungen.
14. Ohne eine gemeinsame "europäische Verteidigung" werde auch keine emotionale Bindung an die Europäische Gemeinschaft entstehen.

III. Motivation*)

1. Das Thema "was brachte Europa materiell" sollte umgewandelt werden in "was wäre Europa ohne die EG"; dies sollte konkret dargestellt werden.
2. Es sollte ferner darauf abgestellt werden, was Europa dem Wähler gebracht hat, was Europa in der Zukunft bringen wird; daher sollte dargestellt werden: was bringt die Zukunft für Europa? Was können wir positives von Europa erwarten?

*) Strategiepapier zu 2.3

3. Hinsichtlich "der Motivation der Wähler" ist zu bedenken, daß mit der Verbindung Europa und Frieden nicht gleichzeitig EG und Frieden assoziiert werden sollte. Gleichfalls werde z.B. von den Republikanern versucht, den politischen Zusammenhang zwischen EG und deutscher Wiedervereinigung in einen Gegensatz umzukehren.

IV. Akteure*)

1. Es müsse europapolitische Strategie sein, sich auf wenige Hauptentwicklungslinien zu konzentrieren und für deren Verwirklichung Verbündete in allen Gesellschaftsbereichen zu suchen, ohne die die Politiker allein zum Scheitern verurteilt wären.
2. Die Europapolitiker sollten Verantwortungskonkationen auch mit anderen europapolitischen Akteuren eingehen, wie Beamten, Journalisten, Richter am Europäischen Gerichtshof usw.
3. Weitere Akteure: Senioren- und Frauenverbände, Jugendgruppen, Schulen und Hochschulen.

V. Folgerungen für die Strategie

A.

1. Europa sollte zunehmend aus der Verbindung zu Negativthemen herausgelöst werden und gedanklich sich mit positiven Ideen und Zukunftsvisionen verbunden werden.
2. Es sollte darauf hingewirkt werden, daß das vorhandene negative Image der Europäischen Gemeinschaft stärker mit denen in Wirklichkeit verantwortlichen Regierungen und Bürokratien identifiziert wird.
3. Eine stärkere Identifikation verschiedener Bevölkerungsgruppen mit Europa sollte durch europäische Symbole (Fahnen, Hymnen und evtl. Orden) und die Bildung von Partnerschaften gefördert werden.

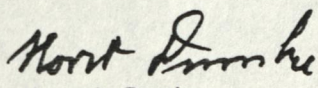
*) zu Strategiepapier 2.4

4. Es sollten keine Schuldzuweisungen an andere Mitgliedsländer vorgenommen werden, sondern es sollte eine Unterrichtung darüber erfolgen, welche gemeinschaftlichen Positionen die EG geschaffen hat.
 5. Es sollte eine glaubhafte Gegenargumentation zu den Zahlmeisterargumenten gegeben werden.
 6. Der Zukunftspessimismus der Deutschen - auch im Bereich Europas - müßte überwunden werden.
 7. EEA und Binnenmarkt sind Zukunftschancen der Gemeinschaft, bei denen sich Deutschland auf der Gewinnseite befindet; dies müßte den nationalen Politikern klargemacht werden.
 8. Durch klarere Abgrenzungen der Aufgaben und Ziele der Fraktionen ist es leichter, die Arbeit des EP dem Bürger näherzubringen.
 9. Im Verhältnis zum politischen Gegner sollen klare parteipolitische Unterschiede in wesentlichen Fragen in der Öffentlichkeit dargestellt werden. Es müsse im Interesse der Union liegen, ihren europapolitischen Kompetenzvorsprung nicht zu verlieren.
 10. Die europäische Agrarpolitik sollte neu aufgearbeitet und in ihrer Entwicklung und in bezug auf internationale Zusammenhänge dargestellt werden.
- B.
11. Erfahrungsberichte der Abgeordneten über die Verwendung der Informationsmittel sollten zur gegenseitigen Anregung erfolgen.
 12. In der Zusammensetzung der Besuchergruppen sollten 1988 verstärkt die Parteigliederungen miteinbezogen werden.
 13. Europagespräche sind dringend notwendig mit Generalsekretär Geissler und Bundesfinanzminister Stoltenberg.
 14. Die CDU/CSU-Gruppe sollte dagegen angehen, daß im "Deutschen Monatsblatt" Europa praktisch nicht erscheint.

15. Eine gute Vorbereitung der Deutschen Präsidentschaft ist erforderlich, da diese die beste Ausgangsbasis für den anstehenden Europawahlkampf ist.
16. Die europäische Parlamentsberichterstattung sollte zu besseren Sendezeiten erfolgen.
17. Bei der Behandlung europäischer Themen für die Presse sollten besser der konkrete lokale Bezug herausgearbeitet werden.
18. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der verschiedenen Landtage sowie die Bundespartei und deren Landesverbände müssen davon überzeugt werden, daß nur eine gemeinsame PR-Kampagne - die Europa als die positive Zukunftsvision darstellt - für beide Seiten erfolgreich ist.
19. Die Pflege eines ständigen Kontaktes mit der Lokalredaktion ist erforderlich, um diese mit interessanten regionalen Informationen mit europäischem Bezug versorgen zu können.
20. Die EVP sollte auf den Parteitagen der CDU und CSU sich mit eigenen Veranstaltungen anbieten; auf den Parteitagen und sonstigen Parteiveranstaltungen wird die Politik nahezu ausschließlich national dargestellt.
21. Das Fernsehen sollte in einem Film ein Szenario entwickeln, wie es in Deutschland aussähe, wenn Deutschland aus der EG austräte.
22. Ländervergleichende Darstellungen zu einzelnen europäischen Problemen sollten verstärkt behandelt werden.
23. In den Parteizentralen soll ein Mitarbeiter eingesetzt werden, der sich ausschließlich mit der Vermittlung europäischer Positionen in die Parteien und die Öffentlichkeit hinein, befaßt.
24. Auf den europäischen Gipfeln sollten nicht nur nationale Politiker, sondern auch Vertreter aus dem Europäischen Parlament gehört werden.

VI. Aktionen

1. Abhaltung eines Kongresses in 1988 zum Thema "Europa 2000" durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.
2. Durchführung eines Kongresses in 1988 zum Thema "Europa in der Welt von morgen" durch die Hanns-Seidel-Stiftung.
3. Unterrichtung der Abgeordneten im Abstand von sechs Monaten durch die Stiftungen anhand von Daten über die Grundstimmung der Wahlbevölkerung, ihrer Einstellung zum Europäischen Parlament und zur Änderung der Wählerlandschaft.
4. Einflußnahme in der Vorwahlzeit:
 - a) Im Winter 1987/88 nationale Abgeordnete und Parteifunktionäre problembewußter machen.
 - b) 1988 intensive Gespräche mit herausragenden Journalisten.
 - c) Im Wahljahr auf die allgemeine Öffentlichkeit zugehen.
5. Klausurtagung im Frühjahr 1988 zur Strategie 1989 anhand der vorliegenden Ergebnisse in Zusammenarbeit mit anderen Stellen (KAH usw.).


Horst Dumke